

Der
Bestatter

Morgen



-3°/4°C

NEWS SPORT KULTUR UNTERHALTUNG KONSUM GESUNDHEIT WISSEN & DIGITAL DOK
SCHWEIZ ABSTIMMUNGEN REGIONAL INTERNATIONAL WIRTSCHAFT PANORAMA MEHR

SENDUNGEN A-Z

TV & Radio

Keine Chance für Wohnbaugenossenschaften

Heute, 17:29 Uhr

Kommentare

45 Millionen Franken pro Jahr soll der Kanton Zürich bezahlen, um günstige Wohnungen zu schaffen. Das verlangt eine Initiative der Wohnbaugenossenschaften. Im bürgerlich dominierten Kantonsrat hat das Begehren jedoch keine Chance.



Der Neubau der Genossenschaftssiedlung «Sunnige Hof» in Zürich Albisrieden. BILD: WBG, S. WEBER-AICH

Hinter der Initiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» steht der Verband der Wohnbaugenossenschaften. Sie verlangt, dass der Kanton einen Fonds für zinsgünstige Darlehen mit jährlich 45 Millionen Franken äfnen soll. Zudem soll der Kanton verpflichtet werden, seine Grundstücke nicht den Meistbietenden zu verkaufen, sondern gemeinnützigen Investoren.

Audio

Kantonsrat gegen Wohnbauförderung (9.2.2015)

2:58 min

Die vorgeschlagenen Massnahmen seien ein geeignetes Mittel, um Familien und Haushalte mit bescheidenen und mittleren Einkommen zu einer bezahlbaren Wohnung zu verhelfen, sagte Peter Schmid, Präsident des Initiativkomitees. Das Volksbegehren bewirke eine verstärkte Wohnbautätigkeit der Genossenschaften, eine bessere Auslastung

der Wohnungen und eine Entlastung der öffentlichen Hand.

Mehr zu Zürich Schaffhausen



Es ist gar nicht so einfach: Berufsschüler im Wahldschungel

Heute, 17:39 Uhr



Der neue Chef soll vor allem führen und weniger gestalten

Heute, 16:16 Uhr



Mehr Geld für Breiten- und Jugendsport

Heute, 13:16 Uhr



«Die Zürcher Regierung war der härteste Teil meiner Karriere»

8.2.2015



«König des Zürcher Industriequartiers» entlastet

7.2.2015

Zürich Schaffhausen

«Eingriff ins Grundeigentum»

FDP und SVP vertreten dagegen die Ansicht, der preisgünstige Wohnungsbau werde schon heute genügend gefördert. Die Initiative sei ein zu starker Eingriff ins Grundeigentum.

Gnade bei den Bürgerlichen fand jedoch der Gegenvorschlag, der es den einzelnen Gemeinden erlaubt, einen solchen Fonds auf Gemeindeebene einzurichten.

Nur SP und Grüne sprachen sich für die Initiative aus. Der Gegenvorschlag geht ihnen zu wenig weit.

Die Schlussabstimmung findet erst in vier Wochen statt. Nach der Debatte scheint jedoch klar, dass der Kantonsrat die Initiative zur Ablehnung empfiehlt. Endgültig entscheiden werden die Stimmberechtigten.

meim; sda/kueh, Regionaljournal Zürich Schaffhausen, 17.30 Uhr

Populär auf srf.ch



NEWS

Schweiz im Dilemma: Wie soll Zuwanderungsstopp umgesetzt werden?

68

Ein Jahr nach dem Ja zur SVP-Initiative gibt es mehr Fragen als Antworten. Das liegt mitunter am Wortlaut der Vorlage.



NEWS

BDP-Chef Landolt: «Das ist katastrophal»

52

Enttäuschung nach den Wahlen in Baselland: Für Eveline Widmer-Schlumpfs Partei hat das Wahljahr schlecht begonnen.

Kommentare

Ihr Vor- und Nachname *

Ihr Wohnort *

E-Mail Adresse * (wird nicht veröffentlicht)

Ihr Kommentar *